



Inklusion endlich vernünftig ausstatten, anstatt auszubremsen!

Zur Vorstellung des sogenannten Förderschulkonzeptes durch Bildungsminister Marco Tullner erklärte die Landesvorsitzende der GEW, Eva Gerth: „Die GEW geht davon aus, dass Förderschulen ein wichtiger Teil unserer Schullandschaft sind. Es wird immer Situationen geben, in denen die Expertise unserer Förderschullehrkräfte dringend gebraucht wird und in denen Kinder spezialisiert in gut ausgestatteten Förderschulen betreut werden müssen. Im Regelfall sollten die Kinder allerdings Schulen besuchen, die personell und materiell gut auf Inklusion eingestellt sind. Hiervon sind wir in Sachsen-Anhalt meilenweit entfernt.“

Was Minister Tullner jetzt vorhat, ist weder neu noch innovativ. Viele Förderschulen laufen schon derzeit mit zwei oder mehreren Förderschwerpunkten. Um die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen zu erhalten - nach Vorgaben des Bildungsministeriums werden für diese mindestens 90 Schüler benötigt - , wurden bei zurückgehenden Schülerzahlen bereits in der Vergangenheit weitere Förderschwerpunkte integriert. Auch Kooperationsklassen an Sekundarschulen sind keine Erfindung der derzeitigen Regierung. Tullners vorgestelltes Konzept verdient den Namen nicht, es ist nichts weiter als der Versuch einer Festschreibung des derzeitigen Durcheinanders, welches eher mit Exklusion zu umschreiben wäre. Inklusion ist etwas anderes.

Die GEW erwartet vom Bildungsministerium die Umsetzung der Inklusion im Sinne der entsprechenden UN-Konvention in unseren Schulen, wozu das Land Sachsen-Anhalt auch verpflichtet ist: Inklusion als gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht, das ohne Einschränkungen

für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gilt. Die UN-Konvention erfasst dabei sämtliche Lebensbereiche, von der Arbeit über Bildung, Gesundheit und Pflege, persönliche Mobilität, Fragen des Bauens und Wohnens bis hin zur politischen Teilhabe. Das bedeutet insbesondere, nicht das Kind als Individuum muss sich der Gesellschaft anpassen, sondern die Gesellschaft muss das Kind als Individuum akzeptieren und beschulen. Das erfordert natürlich Schulen, die hierzu in die Lage versetzt werden und dies auch können. Genau diese Voraussetzungen sind zu schaffen, auch in Sachsen-Anhalt.

Derzeit werden die Lehrkräfte mit dem Problem Inklusion alleingelassen und fühlen sich überfordert. Den jetzigen Zustand unter dem Deckmantel des „Nichtüberfordernwollens“ festschreiben zu wollen, ist auf jeden Fall die falsche Lösung für Lehrkräfte und Kinder. Die GEW, wie auch die Eltern und Kinder, erwarten eine verlässliche Bildungspolitik und Unterstützung vom Bildungsministerium. Zur Durchsetzung eines inklusiven Systems gehören dringend genügend Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter/innen, die Bildung multiprofessioneller Teams, ein jederzeit bereitstehendes Beratungs-, Unterstützungs- und Fortbildungssystem und eine entsprechende Ausstattung aller Schulen. „Der Versuch, Inklusion ohne zusätzliche Ressourcen realisieren zu wollen, kann nur auf Kosten der Kinder und Lehrkräfte scheitern“, so Eva Gerth.

